

Weltrundschau : das Wettrüsten ; Wie soll das enden? ; Der deutsche Bundesgenosse ; Versteifung im Osten ; Kolonialismus - Imperialismus ; Der soziale Kampf ; Alte Schlagworte? ; Unsere Arbeiterbewegung

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **43 (1949)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-139284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sie beklagt aufs tiefste, daß es der Bundesrat wiederum für nötig gehalten hat, sich grundsätzlich gegen einen Zivildienst auszusprechen aus materiellen, organisatorischen und militärischen Gründen, die auf ihrem eigenen Gebiet nicht unanfechtbar sind und die einer sittlichen und religiösen Beurteilung nicht standhalten.

Die Religiöse Gesellschaft der Freunde hofft jedoch, daß sich bei der Behandlung der Botschaft des Bundesrates in den Räten starker Widerstand dagegen erhebt und die Einrichtung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer verlangt wird.

Vor allem hofft die Religiöse Gesellschaft der Freunde, daß die Kirchen, die sich schon früher für einen Zivildienst ausgesprochen haben, sich weiter dafür einsetzen. Sie dankt allen, die dies tun, und allen Zeitungen und Blättern, die ihre Spalten dafür öffnen.

Sie glaubt fest, daß die geistigen Kräfte, aus denen heraus die Freiheit des Gewissens für ein unbedingtes Recht und die Liebe für stärker als die Waffen erachtet werden, den Sieg behalten und daß auch in unserem Lande eines Tages, wie es schon in vielen andern Ländern geschehen ist, die einzige sittlich mögliche Lösung des Problems der Militärdienstverweigerung aus Glaubens- und Gewissensgründen durch einen Zivildienst verwirklicht werden wird.

Weltrundschau

Das Wettrüsten Unsere Hoffnung, die Aussicht auf ein Atomwettrüsten mit all seinen unheimlichen Gefahren werde die beiden großen Weltmachtgruppen nun doch endlich zu einer Abkehr von dem Wahnsinn einer Friedenssicherung durch immer stärkere Kriegsvorbereitung führen, scheint sich mehr und mehr zu verflüchtigen. Soweit in den vergangenen Wochen wirklich Versuche gemacht wurden, eine solche Ab- und Umkehr anzubahnen, insbesondere an der noch immer andauernden Tagung der Vereinten Nationen in Lake Success, haben sie das gleiche Schicksal erlitten wie die in der letzten Rundschau erwähnten neuen russischen Bemühungen um einen Abrüstungsvertrag: sie sind schon in den ersten Anfängen steckengeblieben. Man ist nun eben im westmächtlichen Lager einfach überzeugt, daß ohne lebensgefährliche Kompromisse keine Verständigung mit der Sowjetunion möglich sei («jedes Zugeständnis an Diktaturen ist Selbstmord», lautet die übliche Formel), und daß, auch wenn ein Friedensabkommen zwischen Ost- und Westblock getroffen werden könnte, die Unterschrift der Russen keinen Fünfer wert wäre, da der Kreml ja doch alle Verträge breche, sobald es ihm passe. Die Westalliierten setzen darum – als unausweichliche Folgerung aus dieser Voraussetzung – ihre Politik, durch gesteigerte militärische Rüstungen und Ausbau von Stützpunkten in möglichst großer Nähe der russischen Kerngebiete die Sowjetunion einzuschüchtern, zurückzudrängen und zur Kapitulation zu zwingen¹, unentwegt fort, wäh-

¹ Walter Lippmann begründet diese Politik in seinem Buch «Der kalte Krieg» unter anderem wie folgt: «Die Engländer und Amerikaner konnten natürlich eine ewige Teilung des europäischen Kontinents gemäß der Linie von Jalta nicht annehmen... Sie wurden sich darüber klar, daß nicht nur Deutschland und Österreich, sondern ganz Westeuropa in die russische Einflußsphäre fallen könnte und von der Sowjetunion beherrscht würde, wenn sich das Sowjetsystem so weit wie bis Mitteleuropa und Österreich

rend die Russen all das als planmäßige Kriegshetze und Vorbereitung zu einem neuen westlichen Angriff auf die Sowjetunion erklären und ihr möglichstes tun, um für den anscheinend immer näher heranrückenden Zusammenstoß der beiden Blöcke gewappnet zu sein.

Wie weit der auf diese Art in Gang gekommene «kalte Krieg» bereits fortgeschritten ist, mag man am gegenwärtigen Stande der *Rüstungsausgaben* der verschiedenen Staaten ablesen. Die Erhöhung des Aufwands für die Wehrmacht ist (wir folgen hier einer Zusammenstellung von «Extempore») am gewaltigsten in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre Militärausgaben von 1,13 Milliarden Dollar im Jahr 1938/39 auf jetzt 15,5 Milliarden Dollar gesteigert haben. Großbritannien hat für seine Kriegsrüstung 1938/39 rund 400 Millionen Pfund ausgegeben; jetzt sind es (ohne die Militärausgaben für die Kolonien) 750 Millionen Pfund. Der Rüstungsaufwand Australiens betrug 1938/39 noch 14 Millionen Pfund Sterling; heute sind es etwa 50 Millionen Pfund im Jahr. In der Sowjetunion andererseits stiegen die Militärausgaben von 40,8 Millionen Rubel im Jahr 1939 auf 79 Millionen Rubel im laufenden Jahr. Auch die kleineren Staaten bleiben im Wettlauf nicht zurück: Spanien, Holland, Griechenland, die Türkei, Iran und Ägypten zum Beispiel haben ihren militärischen Aufwand gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt mindestens verdoppelt – nicht zu reden von der Schweiz, deren hochgradiges Rüstungsfieber wir zur Genüge kennen.

Was im besonderen die Vereinigten Staaten betrifft, die, wie gesagt, heute dreizehnmal so viel für Kriegsrüstungen ausgeben als noch vor zehn Jahren, so übertreibt Bruce Catton kaum, wenn er in «The Nation» feststellt:

«Wir sind jetzt ein vollmilitarisierter Staat . . . Die drei Wehrmachtzweige haben, unterstützt durch Außenstehende, seit dem Kriege beständig einen wütenden Konkurrenzkampf um die Spitzenstellung geführt. Jeder Dienstzweig war bemüht, zu beweisen, daß er Anspruch auf den Vorrang habe. Und das Arge ist, daß diese Konkurrenz (verbunden mit bestimmten kapitalistisch-geschäftlichen Interessen, namentlich auch mit dem Absatzbedürfnis der Rüstungsindustrie! H. K.) unsere äußere und innere Politik weit hin beherrscht hat. Sie ist die Quelle nahezu aller Kriegsspanikgeschichten der letzten drei Jahre . . . Dieser Propagandawettkampf der drei Wehrmachtzweige schloß in jeder Zeile und in jedem Überton die Annahme ein, daß Rußland unser Feind und der Krieg unvermeidlich sei.»

Wie soll das enden? An dieser Kennzeichnung der Lage ist nur zu viel Wahres. Es ist darum nicht nur bedenkliche Selbstgerechtigkeit, sondern auch eine folgenschwere Verkennung des wirklichen Sachverhalts, wenn der britische UNO-Dele-

nach Westen ausdehnte . . . Deshalb kamen die Engländer und Amerikaner mit den besten Gründen und den besten Motiven (!) zu dem Schluß, daß sie einen diplomatischen Feldzug einleiten mußten, um Rußland von einer Ausdehnung seiner Sphäre abzuhalten, um die Befestigung dieser Sphäre zu verhindern und Rußland zu zwingen, sie zu verengern.» Also gar nicht bloß defensives, sondern auch sehr offensives Vorgehen gegen die Sowjetunion!

gierte MacNeill unlängst die Sowjetunion warnen zu müssen glaubte, daß die Zeit für eine Verständigung ablaufe, wenn sie ihren «Sabotagefeldzug gegen den Frieden» nicht schleunigst einstelle und nicht ebenso stark abrüste, wie dies England getan habe. (Siehe dazu die oben angeführten Zahlen über die Entwicklung der Militärausgaben der beiden Länder!) Und es ist eigentliche Bösartigkeit, wenn in einem Artikel, der Ende November in verschiedenen sozialdemokratischen Blättern der Schweiz erschienen ist, behauptet wurde, der Glaube an das «Dogma von der Unvermeidlichkeit einer gewaltmäßigen Auseinandersetzung» zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt habe die Leiter der Sowjetunion dazu geführt, ihrer Außenpolitik «Welteroberung und Weltherrschaft» als oberstes Ziel zu setzen. Denn wenn die russische Staatsführung tatsächlich an dieses Dogma glauben sollte, so nicht, weil sie selbst Angriffs- und Eroberungsabsichten hätte, sondern weil sie fürchtet, die im Kapitalismus tätigen Kräfte könnten früher oder später eine endgültige gewaltmäßige Auseinandersetzung mit der Sowjetwelt auslösen, und weil sie weiß, daß die Sowjetunion schon immer, seit sie besteht, das Ziel einer planmäßigen Angriffspolitik der kapitalistischen Welt gewesen ist. Was aber die Politik der «Welteroberung und Weltherrschaft» betrifft, so ist es der Fluch der bösen Tat von Hiroshima und Nagasaki, daß man in den Vereinigten Staaten in der krankhaften Angst lebt, dem eigenen Land könnte einmal das gleiche Schicksal beschieden sein, das die amerikanische Luftwaffe den beiden japanischen Städten bereitet hat. Der amerikanische Wehrmachtsminister Johnson ermahnte kürzlich die amerikanischen Industriellen, ihren Vorsprung auf allen kriegswichtigen Gebieten doch ja zu wahren, «da sich ein zweites Pearl Harbour schon morgen ereignen könne, möglicherweise durch einen Angriff aus der Luft um vier Uhr morgens, wenn die ganze Bevölkerung schlafe». Gegen solche Hysterie ist natürlich mit Vernunft nicht mehr beizukommen! Und das führt dann, wie Professor Blackett richtig darlegt², ganz logischerweise zu der Forderung einer «wirksamen amerikanischen Beherrschung aller anderen Nationen»:

«Der Versuch, eine solche Welthegemonie zu erreichen, heißt, daß Amerika Schritte unternimmt, die möglicherweise zu einem dritten Weltkrieg führen . . . Bei der derzeitigen Weltlage kann nur die Weltherrschaft einer bestimmten Großmacht oder Mächtigengruppe eine absolute Sicherheit vor weiteren Hiroshimas bieten. Und selbst diese Konstellation gewährt dies nur mit Einschränkung und auf kurze Frist. Denn auf die Dauer könnte die Weltherrschaft einer Nation, selbst wenn sie mit allgemeiner Zustimmung begonnen hätte, nur mit Gewalt aufrechterhalten werden. Es scheint deshalb sicher zu sein, daß jedes Kontrollsystem für Atomenergie, das ein zu hohes Maß an Sicherheit vor Atombomben anstrebt, infolge der internationalen Spannung, die es einleitet, die Gefahr eher vergrößert als verringert. Bis zum heutigen Tag haben die amerikanischen Kontrollpläne, die von England und den meisten westlichen Nationen stark unterstützt wurden, zweifellos zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und der Welt geführt.»

² P. M. S. Blackett, «Angst, Krieg und die Atombombe» (deutsche Ausgabe, Steinberg-Verlag, Zürich), Seite 194.

Eine Besserung dieser Beziehungen setzt — neben anderem — die nüchterne Erkenntnis voraus, daß weder die Sowjetunion noch Amerika die Weltherrschaft erobern könnte, selbst wenn sie es wollten, daß aber auch beide Länder verwundbar genug bleiben, um selbst bei höchster Steigerung ihrer Abwehrbereitschaft jede irgendwie angemessene militärische Sicherheit als unerreichbares Phantasieziel erscheinen zu lassen. Und dann taucht eben immer wieder auch die Frage auf, ob die Völker die Bürde ihrer Kriegsrüstungen auf die Länge überhaupt tragen können. Wir unserteils zweifeln und sind geneigt, dem «New Statesman» zuzustimmen, wenn er meint,

«daß die Amerikaner wie die Russen außerstande sind, die Rüstungsausgaben in einem Umfang aufzubringen, der auch die Verteidigung ihrer Verbündeten einschließt. Die Kosten eines Krieges sind so prohibitiv geworden, daß kein Staat die militärischen Verpflichtungen erfüllen kann, die seine gegenwärtige Außenpolitik mit sich bringt. Mit andern Worten: Der Ost-West-Konflikt beginnt sich jetzt selbst ad absurdum zu führen. Das gibt mindestens einige Hoffnung, daß die Menschheit weiterleben wird. Die Amerikaner, die im Grund ihres Herzens die Russen für verständig genug hielten, um die Baruch-Vorschläge für die Atomkontrolle unter den Tisch zu wischen, fangen an sich klarzumachen, daß sie selbst die Abrüstung so bitter nötig haben wie der Kreml. Truman weiß, daß Westeuropa zusammenbricht, wenn die Marshall-Hilfe, oder was sie ersetzen mag, nicht über 1952 hinaus fortgesetzt wird. Er weiß auch, daß der Westbund nicht aufrüsten kann, es sei denn auf Grund eines riesenhaften Leih- und Pachtprogramms.»

Und ein solches Programm durchzuhalten, wird in der Tat schon mit Rücksicht auf die wachsenden eigenen Finanzbedürfnisse der Vereinigten Staaten (Sozialreform, Wohnbauförderung, Ausbau der Wasserkräfte, Bodenverbesserungen großen Stils, Landwirtschaftshilfe usw.) seine großen Schwierigkeiten haben. Darf man also hoffen, der gegenwärtige Rüstungswettlauf werde doch nicht in einem neuen Weltkrieg enden (dessen Auslösung durch die Unmöglichkeit, die Rüstungslasten unbegrenzt lang zu tragen, befördert würde), sondern zu einer Weltabrüstung führen, die den Anfang zum Ende aller Kriege bilden könnte?

Der deutsche Bundesgenosse Ich meinerseits höre nicht auf, zu hoffen, wider allen Augenschein, der freilich wenig ermutigend ist. Da ist zunächst die böse Frucht der Pariser Außenministerkonferenz, das sogenannte *Petersberger Abkommen* zwischen den Westmächten und der westdeutschen Bundesregierung. Es sieht bekanntlich vor, daß Westdeutschland schrittweise zum gleichberechtigten Verbündeten der Westmächte werden und diesen dafür alle Sicherheitsgarantien geben soll, die sie von ihm verlangen könnten. Westdeutschland hat in diesem Sinne bereits dem bisher von ihm abgelehnten Ruhrstatut zugestimmt, während die Alliierten den Fortgang der Industriedemontierungen aufgehoben und dem Bau großer deutscher Überseedampfer zugestimmt haben, so wie sie wahrscheinlich auch die Erhöhung der deutschen Stahlproduktion von jetzt 11,5 auf 15

oder 16 Millionen Tonnen im Jahr erlauben werden. Das ist selbstverständlich ein außerordentlicher Erfolg Westdeutschlands, der noch vor einem halben Jahr kaum denkbar gewesen wäre, und der auch jetzt nur möglich wurde, weil sich inzwischen diejenige Richtung innerhalb der amerikanischen Regierung durchzusetzen vermocht hat, die allen britischen und französischen Widerständen zum Trotz entschlossen ist, Westdeutschland mit wesentlicher Mithilfe amerikanischen Kapitals dem «freien Unternehmertum» zurückzugewinnen, es auf dieser Grundlage als wirtschaftliche und politische Großmacht wieder aufzurichten und die Europapolitik des Westblocks auf die gleichen Kräfte zu stützen, die zwar zweimal einen Weltkrieg entfesselt haben (nebenbei: zum größten Vorteil der Vereinigten Staaten, die dadurch wirtschaftlich wie politisch zur ersten Weltmacht aufgestiegen sind), aber eben auch immer die zuverlässigsten Hilfstruppen im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus gewesen sind.

Diese glänzende Rehabilitierung durfte den Westdeutschen schon ein paar vorläufige Opfer an Nationalstolz wert sein. Die Parteien der Rechten und die hinter ihnen stehenden konservativ-kapitalistischen Kräfte empfanden denn auch kaum wesentliche Hemmungen, als sie der erfolgreichen Außenpolitik ihres (zugegeben ein wenig autoritär vorgehenden) Regierungschefs zustimmten, während die Sozialdemokraten (mit den Worten Dr. Schumachers) fanden, «in keiner Demokratie der Welt übe die Schwerindustrie auf die Politik der Regierung einen so entscheidenden Einfluß aus wie in Deutschland», wo «die imperialistischen und kapitalistischen Mächte, welche die Weimarer Republik zerstört haben, von neuem in den Kulissen der Politik erscheinen», ja sogar in einer ersten, inzwischen sehr gedämpften Aufwallung Herrn Adenauer als den «Kanzler des Auslands» – eines ganz bestimmten Auslands – bezeichneten, der er tatsächlich auch ist.

Etwelches Magendrücken bereitet das Petersberger Abkommen auch in *England*, wo man von einem Wiedererstarken der ruinösen Konkurrenz der kapitalistischen Industrie Westdeutschlands geradezu eine wirtschaftliche Krise befürchtet, und namentlich in *Frankreich*, das einem nach amerikanischen Plänen «geeinigten» Westeuropa, in dem Deutschland wirtschaftlich und politisch das Übergewicht bekommen müßte, nur mit Unbehagen entgegensehen kann. Die französische Nationalversammlung knüpfte denn auch an ihre Zustimmung zu dem Abkommen eine Anzahl Vorbehalte, besonders in bezug auf die dauernde Entwaffnung Deutschlands und die Beaufsichtigung seiner industriellen Produktion. Aber die Vermutung liegt nahe, daß sie sich und das Volk damit nur künstlich beruhigen (sagen wir besser: betrügen) wollte, muß es doch auch ihr völlig klar sein, daß bei einer Weiterführung der amerikanischen Europapolitik die *militärische Wiederaufrüstung Westdeutschlands* auf die Länge so wenig zu verhindern sein wird wie die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Kampfkraft. So einflußreiche Persönlichkeiten wie General

Clay, der frühere amerikanische Militärgouverneur in Westdeutschland, wie Senator Thomas, der Präsident des Wehrausschusses des amerikanischen Senats, ja auch Feldmarschall Montgomery, der Chef der Militärorganisation des Westbundes, setzen sich darum, unterstützt von angesehenen englischen Zeitungen konservativer und liberaler Richtung (übrigens auch von der «Neuen Zürcher Zeitung», die ebenso warm die Wiederaufnahme Franco-Spaniens in den Kreis der «freien Nationen» befürwortet), bereits ganz offen für die Schaffung einer westdeutschen Wehrmacht ein, in der Meinung, daß man es den Westdeutschen schon zumuten könne, zusammen mit den Atlantikmächten ihr eigenes Land, eingeschlossen die Ruhr, gegen einen russischen Angriff militärisch zu verteidigen. Daß man sich in Westdeutschland selbst gegenüber diesen Offerten vorderhand betont zurückhaltend gibt, ist bloße Taktik; das Zieren wird sofort aufhören, wenn erst Westdeutschland, der alliierten Besatzungsarmeen ledig, von einem minderberechtigten Vasallen zum regelrechten Verbündeten der Westmächte aufgerückt sein wird, dem eine entscheidende Rolle im «Kampf der abendländischen Zivilisation gegen östliche Barbarei» zugedacht ist.

Und dieser erhabene Zweck der deutschen Wiederaufrüstung wird schließlich auch den noch etwas widerspenstigen Franzosen die «Abkehr von einer Vorstellungswelt, die auf viele Jahrzehnte zurückgeht und tief in ihrem Bewußtsein verankert ist» («Neue Zürcher Zeitung»), wesentlich erleichtern, schrieb doch ein konservatives Pariser Blatt kürzlich durchaus bezeichnenderweise: «Der deutsch-französische Streit ist ein bloßer Dörflerstreit um eine Feuerspritze im Vergleich zu den umfassenderen Fragen, die sich heute in der Welt stellen.» Diese «umfassenderen Fragen» haben in Frankreich die Interessenten der herrschenden Ordnung — nicht zuletzt die römische Kirche — schon längst ins Auge gefaßt und ihrer Lösung entgegenzuführen versucht, indem sie mit zäher Folgerichtigkeit eine vorerst einmal wirtschaftlich-kapitalistisch begründete «Heilige Allianz» mit den gleichgerichteten Kräften Westdeutschlands erstreben, auch wenn dabei die ehemaligen Stützen des Hitlerregimes die Führung bekommen sollten. Kollaboration in neuer Auflage und in offiziellem Großformat! Pétain, Laval und die anderen Träger der Vichypolitik schicken sich tatsächlich an, glänzende Revanche zu nehmen — unter dem Protektorat der amerikanischen «Befreier» von Anno dazumal und mit dem Segen eines Churchill, der in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg so hellichtig vorausgesagt hat, wo die westmächsliche Begünstigung der Wiederaufrichtung des alten Deutschland und sein Einsatz in den Kampf gegen die Sowjetunion schließlich enden müsse. Wahrlich, die Geschichte gefällt sich manchmal darin, Grottesken aufzuführen, wie der größte Satiriker sie nicht beißender ersinnen könnte!

Versteifung im Osten Die Gegenwirkung des Ostblocks auf all diese Vorgänge entfaltet sich ebenso unmißverständlich wie folgerichtig. Von der demonstrativen Abordnung des Sowjetmarschalls Rokossowsky nach Polen zur Vorbereitung des militärischen Widerstandes gegen jeden Versuch einer Zurückschiebung der Grenzen der Sowjetzone (man lese dazu nochmals die oben angeführte Stelle aus dem Buche von Walter Lippmann!) war schon im Novemberheft die Rede. Die dort gegebene Deutung dieser Gebärde wird jetzt bestätigt durch eine öffentliche Äußerung, die Rokossowsky jüngst in Warschau getan hat. «Die polnisch-russische Zusammenarbeit», so sagte er gewiß mit bewußter Absicht, «garantiert Polen die Oder-Neiße-Grenze und stellt eine Abwehr gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten sowie gegen die deutschen Revisionisten dar.» Hand in Hand damit geht eine schärfere Absperrung Polens und anderer Länder des Ostblocks gegen ausländische Beobachter (auf seiten der Westmächte hat man sich in letzter Zeit wiederholt ganz offen des «hervorragenden Nachrichtendienstes» gerühmt, den man im Sowjetraum aufgebaut habe) sowie die wirtschaftliche Befestigung der Oststaaten, die offenbar gute Fortschritte macht. Das bestätigt neuerdings in bemerkenswerter Weise der in Amerika sehr geschätzte Auslandsberichterstatter und Radiokommentator Howard K. Smith, der – selbst ein entschiedener Gegner des Kommunismus – in seinem Buch «Der Zustand Europas» feststellt, daß die osteuropäischen Länder, trotz ihren unerhörten Kriegsschäden, die Vorkriegsproduktion früher als Westeuropa und ohne die Marshall-Plan-Milliarden überholt hätten. Polen und Bulgarien, so lesen wir in einer Besprechung des Buches in der «New York Herald-Tribune», stehen nach Smith

«in der Produktionssteigerung seit dem Krieg an der Spitze aller Länder der Welt. Er beschönigt die üblen Wirkungen des Kommunismus in diesen Ländern nicht. Seine Darstellung des Umsturzes in der Tschechoslowakei treibt dem Leser Tränen in die Augen. Aber er kommt dennoch zu dem Schluß, daß trotz der kommunistischen Unterdrückung die Masse des Volkes in den Satellitenstaaten – ausgenommen die Tschechoslowakei – sozial und wirtschaftlich viel gewonnen hat und im ganzen ihren Regierungen tätige Unterstützung leiht. Da diese Völker unter den Rechtsregierungen der Vorkriegszeit niemals die Demokratie kennenlernten, empfinden sie ihr Fehlen auch jetzt nicht so sehr. Das ist ein Umstand, den wir in unserem Lande gern übersehen. Vielleicht die bittersten Seiten in diesem Buche sind diejenigen, in denen der Verfasser unsere vollendete Gleichgültigkeit gegenüber den Morden und andern Verbrechen der reaktionären Vorkriegs-tyrannen im Osten dem Interesse gegenüberstellt, das wir solchen Verbrechen entgegenbringen, wenn sie von Linkstyranen begangen werden . . . Auf jeden Fall glaubt Smith, daß Osteuropa trotz seinen kommunistischen Regierungen einer gedeihlichen Zukunft entgegengeht, und daß der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Westeuropas gedient wäre, wenn es in engere Handelsbeziehungen mit seinen natürlichen Kunden gegen Osten hin träte. Sonst bleibt Westeuropa auf amerikanische Unterstützung angewiesen, oder es wird untergehen.»

Daß auch der häßliche Feldzug des Kominform gegen Jugoslawien als Bestandteil der Bemühungen um eine Straffung und Festigung des Ostblocks gewertet werden muß, ist hier schon wiederholt ausgesprochen

worden. Ich will darauf heute nicht zurückkommen, kann es mir indessen nicht versagen, auf eine Untersuchung der Hintergründe des in den gleichen Zusammenhang einzureihenden *Rajk*prozesses hinzuweisen, die – als Vorabdruck aus einem demnächst erscheinenden Buch – aus der Feder von François Fejtoe im Novemberheft von «Esprit» erschienen ist. Fejtoe, der bis vor wenigen Monaten Presseattaché der ungarischen Gesandtschaft in Paris und mit Rajk fast von Jugend auf eng befreundet war, zeigt hier Schritt für Schritt und in einer für mich vollständig überzeugenden Weise, daß die Selbstbezeichnung Rajks durch und durch unglaubwürdig ist, die gegen ihn erhobene Anklage, die sich ja auf kein anderes Beweismittel als Rajks «Geständnisse» stützen kann, also ein schändliches Lügenwerk war, einzig dazu bestimmt, gewisse Ansätze zu einem ungarischen «Titoismus» zu ersticken und die Opposition Titos selbst gegen die Gleichschaltungspolitik Moskaus zu diffamieren. Daß sich Rajk zu diesem traurigen Spiel hergab und sich in derart hemmungsloser Weise selbst beschmutzte, erklärt Fejtoe aus der wohlbekanntem Denkart des geschulten Kommunisten, der zuletzt jedes von der Partei geforderte Opfer bringt, besonders wenn er, wie Rajk, als Vertreter einer wenn auch noch so zahmen Oppositionsgruppe ein gewisses persönliches Schuldgefühl hat.

Daß Rajk die ihm zugeschriebenen Verbrechen nicht begangen hat und meistens überhaupt nicht begehen konnte, weist Fejtoe jedenfalls so schlagend nach, daß nur der ins einzelne gehende Gegenbeweis seine Darstellung entkräften könnte. Mit bloßen allgemeinen Bestreitungen und vollends mit Beschimpfungen – «trozkistischer Schurke», «Handlanger der Reaktion», und wie all die Totschlagworte des kommunistischen Jargons lauten – ist Fejtoe sicher nicht zu erledigen und erst recht nicht der «Esprit», dessen senkrecht sozialistische Haltung und saubere Gegnerschaft zum landläufigen Antikommunismus ebenso bekannt sind wie seine Anständigkeit und Wahrheitsliebe. Veröffentlichungen wie die von Fejtoe tragen deshalb in weiterer Sicht auch nicht dazu bei, daß die Ablehnung der Lüge des Kommunismus zur Bekämpfung seiner großen Wahrheit, seiner revolutionären Wahrheit, mißbraucht wird, wie dies die übliche Methode ist. Von solcher Seite ausgehend und von solchen Beweggründen geleitet, wie dies hier der Fall ist, helfen sie vielmehr mit, die soziale Revolution unserer Zeit von Praktiken zu reinigen, die sie nur entwürdigen können und auch materiell heillos schädigen müssen, bieten sie doch der Gegenrevolution erwünschte Gelegenheit (und das ist ja ganz allgemein die Funktion des Antikommunismus), durch Erregung kommunistenfeindlicher Haßgefühle die Völker immer wieder von der wirklichen Weltgefahr abzulenken und die herrschende Ordnung in einem Strahlenglanz zu zeigen, der ihr ganz und gar nicht zukommt. Dieses sich nun dauernd wiederholende Manöver zu durchkreuzen, müssen sich all diejenigen Nichtkommunisten angelegen sein lassen,

denen es mit der Überwindung des kapitalistischen Systems entschlossener Ernst ist.

Kolonialismus – Imperialismus Aber was soll man von dem Schaden reden, den die Kommunisten durch *falsche* Revolutionsmethoden ihrer eigenen Sache zufügen, wenn die Vertreter und Nutznießer der herrschenden Ordnungen durch *echt* reaktionäre Methoden dem Kommunismus immer aufs neue reichlichste Nahrung geben und seine Existenz in den Augen unzähliger Menschen moralisch rechtfertigen? Ich denke dabei namentlich an die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft der weißen Rasse, an die Stützung des mit einem primitiven und rohen Kapitalismus verbundenen Feudalismus eingeborener Oberklassen in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie an den ganzen ausbeuterischen Imperialismus, der sich von Europa und Nordamerika aus über die Erde ausgebreitet hat. Denn so starke Einbrüche auch unter dem Druck politischer Notwendigkeiten in dieses System schon geschehen sind, so widerwillig, zögernd und hinterhältig ziehen sich die «Herrenvölker» (auch diejenigen, die zu Hause in Demokratie machen) doch aus ihren bisherigen Untertanländern zurück – *wenn* sie sich überhaupt zurückziehen. Man sieht das neuerdings wieder an dem Beschluß der UNO-Versammlung über das langumstrittene Schicksal der früheren *italienischen Kolonien*: Während die Zukunft Erythräas unentschieden bleibt, wird Somaliland in Form einer Treuhänderschaft für zehn Jahre wieder Italien ausgeliefert und Libyen (also die Cyrenaika, Tripolitanien und Fezzan) von 1952 an als loser, nur dem Namen nach unabhängiger Staatenbund tatsächlich unter der Vormundschaft Englands, Frankreichs und Italiens stehen, die dort wichtige militärische und wirtschaftliche Interessen zu haben erklären. Man sieht den Ernst des westlichen «Antikolonialismus» auch an der Fortdauer der französischen Herrschaft über *Nordafrika, Madagaskar, Indochina usw.*, wo nur die brutalste Gewaltanwendung die Unabhängigkeitsbewegung der Eingeborenen noch eine Zeitlang niederzuhalten vermag. Man sieht ihn an der Art und Weise, wie Großbritannien den jüngsten blutigen Unruhen in *Nigeria* begegnet, das jetzt wohl die wertvollste aller englischen Kolonien ist und wo die landwirtschaftliche Bevölkerung, immer der Hungergrenze nahe, in äußerster Dürftigkeit lebt, wo die Arbeiter in den Kohlen- und Zinnbergwerken jämmerlich ausgeplündert werden und Zwangsarbeit der Männer eine ebenso «normale» Erscheinung ist wie Frauen- und Kinderarbeit in Handel und Industrie.³ Man sieht ihn am Werk in *Südafrika*, das zwar keine britische Kolonie mehr ist, dafür aber die kolonialen Beherrschungsmethoden in eigener Regie nur um so rücksichtsloser anwendet und von einem eigentlich

³ Vgl. George Padmore, «Afrika unter dem Joch der Weißen» (Rotapfel-Verlag, Zürich).

faschistischen Regime nicht mehr weit entfernt ist. Und man sieht ihn – von allem andern zu schweigen – tätig in *Malaya*, wo jetzt eine ganze Kolonialarmee dafür sorgen muß, daß dieses gummi- und mineralreiche Land, das kostbarste Dollars einbringt, seinen Tribut auch recht prompt und ausgiebig nach London abliefern.

Inwieweit imperialistische Interessen und die Absicht, der Ausbreitung des Kommunismus zu wehren, die Holländer zu ihrem Einlenken in der *indonesischen* Frage vermocht haben, bleibt noch zu klären. Sicher ist, daß sich der westlich-amerikanische Imperialismus auch in *China* durchaus noch nicht geschlagen gibt und die Westmächte noch immer keine Miene machen, durch eine großzügige Verständigung mit der kommunistischen Volksregierung ihre ganze Ostasienpolitik auf eine neue, gesündere Grundlage zu stellen, dies, obschon die «nationale» Regierung nurmehr ein mitleiderregendes Schattendasein fristet und sich vor den unaufhaltsam nachdrängenden roten Armeen von einem Schlupfwinkel in den andern verkriechen muß. Daß der gleiche verblendete Kurs auch in Vorderasien weitergesteuert wird, zeigt der jüngste Staatsbesuch des Schahs von *Persien* in Washington an, bei dem eine Verstärkung der militärischen Hilfe der Vereinigten Staaten an diesen ihren Vasallen vereinbart wurde, anscheinend im Rahmen des allgemeinen Waffenlieferungsprogramms, das schon früher für Iran, und dazu für Südkorea und die Philippinen, in Kraft gesetzt worden ist.

Der soziale Kampf Während so in Asien und Afrika die Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Gesellschaft als Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution in großem Stile vor sich geht, nimmt sie in Westeuropa und Amerika als mehr oder weniger in hergebrachten Formen verlaufender sozialer Kampf, insbesondere als Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, wesentlich bescheidenere Maße und weniger dramatischen Charakter an. Bei allen sozialistischen und kommunistischen Einflüssen, die darin wirken, ist er im ganzen doch bei weitem nicht so revolutionär ausgerichtet wie dort, ist viel mehr Ausdruck einer dumpfen Auflehnung gegen eine unerträglich gewordene Notlage breiter proletarischer und proletarisierter Massen als eine bewußt die Umwälzung der kapitalistischen Ordnung erstrebende Bewegung. Das gilt natürlich in erster Linie von den *Vereinigten Staaten* und den beiden großen Streiks, die dort in der Berichtszeit beendet worden sind: dem ergebnislos abgebrochenen Bergarbeiterstreik, der inzwischen von dem ganz diktatorisch schaltenden Verbandspräsidenten John Lewis neu befohlen, aber sogleich wieder abgeblasen worden ist, und dem Streik in der Stahlindustrie, der mit einem prächtigen Erfolg der Arbeiter geendet hat, haben doch die Unternehmer jetzt eingewilligt, allen Arbeitern und Angestellten mit mindestens 25 Dienstjahren bei Erreichung des 65. Lebens-

jahres beitragsfreie Pensionen von 100 Dollar im Monat (etwa 200 Franken nach der tatsächlichen Kaufkraft des Geldes) auszurichten. Außerdem werden Unternehmer und Arbeiter je Stundenlohn 2,5 Cents mehr einzahlen, um damit die Finanzierung einer Sozialversicherung zu ermöglichen. Wie bitter nötig solche Fürsorgeeinrichtungen sind, geht aus dem unlängst veröffentlichten Befund eines parlamentarischen Ausschusses hervor, der feststellt, daß von den etwa 35 Millionen amerikanischer Familien im Jahr 1948 nicht weniger als 8 Millionen Familien und alleinstehende Personen ein Jahreseinkommen von unter 1000 Dollar (also etwa 2000 Franken nach dem inneren Geldwert) hatten, daß ein weiterer Drittel aller Familien und Alleinstehenden weniger als 2000 Dollar im Jahr verdienten und außerdem etwas über 9 Millionen Familien und anhanglose Einzelpersonen nur auf 2000 bis 3000 Dollar im Jahr kamen. Wieviel Not, ja Elend verbirgt sich hinter diesen Zahlen! Und welcher Hohn auf alle Demokratie ist die Tatsache, daß diesen armen und ärmsten Schichten des amerikanischen Volkes, mit einem ordentlich breiten Mittelstand dazwischen, eine schmale Oberschicht gegenübersteht, deren Jahreseinkommen von 10 000 Dollar pro Familie aufwärts in die Hunderttausende und Millionen hineingeht, und die außer der wirtschaftlichen auch die politische Herrschaft über die Vereinigten Staaten, ja über die halbe Welt in ihren Händen hält!

Wenn es aber mit der gesellschaftlichen Unterschicht schon im reichen Amerika so aussieht, wie muß es da erst im verarmten Europa stehen! In *Belgien*, dem vielgerühmten Musterlande des wirtschaftlichen Liberalismus, zählte man gegen Ende November tatsächlich bereits wieder über 200 000 Arbeitslose, mehr als jemals seit Kriegsende. In *Frankreich* haben mit dem Generalstreik vom 25. November die erwarteten sozialen Kämpfe (siehe unsere November-Rundschau) einen Anfang genommen, der den Herrschenden hoffentlich als Warnung dient. Auch *Italien* ist in unausgesetzter sozialer Gärung; ein Streik – bei den Landarbeitern, bei den Pöstlern, bei den Angestellten der (privaten) Telefongesellschaften usw. – löst den andern ab, und in Süditalien (Kalabrien und Sizilien), dem klassischen Lande der schmarotzenden Großgrundbesitzer, haben die verhungernenden Kleinpächter und Landarbeiter an verschiedenen Orten aufs neue zur Selbsthilfe gegriffen, indem sie unbebauten Boden an sich nahmen, so daß sich die Regierung wieder einmal zur Ankündigung einer kleinen Landverteilung veranlaßt sah. Auch wenn diese Reform wirklich durchgeführt werden sollte, wäre sie angesichts der himmelschreienden Ungerechtigkeit der Bodenbesitzverhältnisse nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Bezirk Crotone zum Beispiel, in Kalabrien, besitzen 47 Großeigentümer 51 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Bodens. Weitere 126, meistens reiche Kaufleute und Industrielle, die sich ein «Bauerngut» leisten können, besitzen 27 Prozent, und in die restlichen 22 Prozent Boden teilen sich 10 306 Zwergbauernfamilien. Gegen diese Verhältnisse wird nie etwas Durchgreifendes unternommen

werden, solange das gegenwärtige Regime besteht; wenn aber die armen Teufel von Caffoni schnell vor dem Winter noch ein paar Fetzen brachliegenden Landes ansäen, um im nächsten Sommer etwas zu essen zu haben, entrüstet man sich über solch abscheulichen Kommunismus und schickt Polizeikräfte aus, die, wie in Fragalà bei Melissa, ohne weiteres in friedlich arbeitende, unbewaffnete Bauerngruppen hineinschießen und, Tod und Verwundung anrichtend, die «Ordnung» wiederherstellen. Diese Ordnung wird einmal gründlich umgestürzt werden – und nicht nur in Süditalien! Und dann mag man gegen den «Nihilismus» und die Unmenschlichkeit der Kommunisten wieder die moralischen Kräfte der «demokratischen» Welt mobilisieren . . . Von der bedenklichen Lage der lohnarbeitenden Bevölkerung in *Westdeutschland* haben wir bereits das letzte Mal gesprochen; es ist damit seither nicht besser geworden. Kurz, alle Rückkehr zur «freien Marktwirtschaft», die das Leben des Volkes den brutalen «Gesetzen» des Profitstrebens und der Konkurrenz ausliefert, aber auch alle Marshall-Hilfe-Milliarden sind nicht imstande, der Not der Menschen zu wehren und das drohende Grollen der rebellierenden Massen in den vom Krieg zerrütteten Staaten des europäischen Festlandes zu beschwichtigen.

Wenn *England* einen erfreulicheren Anblick bietet, so darum, weil es dort, dank dem Labourregime, dem arbeitenden Volk wesentlich und sichtbar besser geht als je zuvor seit der industriellen Revolution, und weil die Gewerkschaften entschlossen sind, durch Verzicht auf Lohnforderungen den harten Kampf der Regierung um Produktionsverbilligung und Ausfuhrsteigerung nach Kräften zu unterstützen. Dies in der Hoffnung freilich, die Lebenskosten würden so ziemlich stabil gehalten werden können, und die Unternehmer würden ihrerseits auf eine allzu herausfordernde Steigerung der Gewinne verzichten . . .

Alte Schlagworte? Überblickt man so den Zustand der Welt und die Lage der Völker, so greift man sich immer wieder an den Kopf, wenn man in rechtssozialdemokratischen und nun auch in religiös-sozialen Kreisen sagen hört, mit den «alten Schlagworten von *Sozialismus* und *Kapitalismus*» müsse man nun endlich einmal abfahren; man müsse diese «zeitbedingten Begriffe» mit neuem, aktuellem Inhalt erfüllen, um ihre Wahrheit wieder ans Licht zu bringen, wobei man insbesondere die Forderung der Menschlichkeit, der Freiheit und des Rechts in den Mittelpunkt zu rücken bemüht ist.

Der Schreibende hat nie einem doktrinären oder gar parteigebundenen Sozialismus gehuldigt. Er hat immer gegen Erstarrung und Verengung in der sozialistischen Bewegung rebelliert und einer Erneuerung des Sozialismus von dem Geist her, der lebendig macht und die Freiheit ist, das Wort geredet; sein ganzes Leben und Streben zeugt eindeutig von dieser Haltung. Aber er hat auch immer aus aller Kraft gegen

jene Aufweichung des Willens zum Sozialismus angekämpft, der mit dem Vorgeben, man dürfe nicht an äußeren Formen und Formeln kleben, tatsächlich die Substanz des Sozialismus preisgibt und an ihre Stelle irgend eine vermeintlich wirklichkeitsnähere, in Wahrheit aber nur bestimmte gesellschaftliche Interessen verhüllende Ideologie setzt, sei diese nun nationaler, solidaristischer, liberalistischer oder welcher Art immer.

Und einer solchen Aufweichung des sozialistischen Willens, einer eigentlichen geistigen Knochenerweichung, sind in der Tat viele Menschen unter uns verfallen, die ehemals im Sozialismus durchaus gefestigt schienen. War es früher mehr die wohlbekannteste allgemeine Verbürgerlichung des Lebens und Denkens, die zu dieser Zersetzung und Lähmung des sozialistischen Tatzenentrums führte, so ist es heute insbesondere der mit jener Erscheinung natürlich aufs engste zusammenhängende epidemische Antikommunismus, in dem sich die tödliche Zeitkrankheit des «demokratischen» Sozialismus äußert. Wenn man aber Losungen wie den oben erwähnten — «Menschlichkeit gegen Unmenschlichkeit, Freiheit gegen Knechtschaft, nicht mehr: Sozialismus gegen Kapitalismus» —, früher nur in unseren «liberalen» Zeitungen oder in Veröffentlichungen, wie der im letzten Jahr erschienenen Schrift eines ungenannten bürgerlichen «Linkspolitikers» über den «Weg der schweizerischen Sozialdemokratie» begegnete, so hört man jetzt fast genau die gleichen Formulierungen aus dem Munde von revisionsfreudigen Sozialdemokraten und Religiössozialen⁴.

Es muß darum immer wieder mit völliger Klarheit und äußerstem Nachdruck ausgesprochen werden, daß zu einer derartigen Revision unserer Grundhaltung nicht der mindeste Anlaß vorliegt, ja daß gerade die Zeitumstände und die Weltlage sie uns des allerentschiedensten verbieten. Gerade die greifbaren, lebendigen Tatsachen unserer alltäglichen Erfahrung befestigen uns aufs stärkste in unserer Überzeugung, daß der Kapitalismus — ganz praktisch-konkret als Privatbesitz an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln verstanden, der ein Werkzeug zur Gewinnung persönlichen Reichtums durch die Ausbeutung fremder Arbeit sein

⁴ «Die Formulierungen von 1935 (im sozialdemokratischen Parteiprogramm) sind überholt», liest man zum Beispiel in der genannten Broschüre. «Das Problem der menschlichen Freiheit stellt sich heute überall — es überschattet alle andern Fragen, über die eine Verständigung als ein Kinderspiel erscheint, wenn die Freiheit des Individuums als Grundlage besteht.» (Darum ist wohl auch zum Beispiel die Verständigung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie über die Bundesfinanzreform so kinderleicht geworden, stehen doch beide Teile durchaus auf dem Boden der Freiheit des Individuums . . . H. K.) «Wichtiger als soziale Formen und wichtiger als die Eigentumsordnung ist das Recht des Menschen auf seine humanistische Freiheit, das Recht, von der Sklaverei und dem Terror befreit zu sein. Will die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in dieser Auseinandersetzung mit Ehren bestehen, dann hat sie die vordringliche Pflicht, ihr Haus von allen bolschewistischen und halbbolschewistischen Brunnenvergiftern zu säubern . . . Lieber eine kleinere Partei, die eine geschlossene Kampftruppe für Demokratie und Freiheit bildet, als eine verschwommene Masse von Gruppen und Zirkeln, die der bolschewistischen Verseuchung ein leichtes Opfer darbieten.»

soll — die Hauptquelle der fürchterlichen gesellschaftlichen Schäden unserer westlichen Kultur ist, daß also wirklich «die Geldgier eine Wurzel aller Übel ist» (1. Timotheus, 6, 10), und daß deshalb der Sozialismus — wiederum ganz realistisch als Gemeinbesitz an den großen Wirtschaftsmitteln aufgefaßt, die planmäßig in den Dienst des Menschen und der Herrschaft von Gerechtigkeit und Freiheit gestellt werden sollen — zur unausweichlichen Notwendigkeit für die Völker und die Welt geworden ist. Diese Erkenntnis ist nicht nur der Ausgangspunkt der weltlich-sozialistischen Bewegung und der von ihr angehobenen Revolution gewesen, der Punkt, zu dem sie immer wieder zurückkehren muß, wenn sie ihre Siegeskraft erneuern will; hier, an dieser Stelle, ist auch der entscheidende Durchbruch bei Blumhardt dem Jüngeren und allen anderen «religiösen Sozialisten» erfolgt, auch bei einem Kutter und namentlich bei einem Ragaz, der es (in «Reich Gottes, Marxismus, Nationalsozialismus») unmißverständlich ausgesprochen hat:

«Der Sozialismus ist die große Gegenbewegung auf den Egoismus, Materialismus und Atomismus einer ganzen Periode . . . Der Sozialismus ist für uns, um in Kategorien der Weltgeschichte zu sprechen, der Sinn und die Aufgabe der kommenden Epoche. Dieser Sinn mag in manchen Erscheinungen, die ihn auszudrücken versuchen, entarten und tut das vor unsern Augen tatsächlich; aber ist er damit aufgehoben? Fällt damit der Sozialismus als Aufgabe weg? Ist es denn nicht vielmehr Aufgabe, diesen Sinn besser herauszuarbeiten, tiefer zu verstehen, reiner zu verwirklichen? . . . Was sich in all der furchtbaren Gärung ankündigt und worauf der Sozialismus positiv und negativ hinweist, ist doch ein neuer Vorstoß der Gottesherrschaft, welche die Götzenherrschaft dieser Epoche besiegt. Dieser Hinweis des Sozialismus bleibt so stark als je; nein, er wird nur immer gewaltiger — für die wenigstens, die Augen haben, um zu sehen, und Ohren, um zu hören.»

Gerade so sehen auch wir die Dinge — heute klarer als je. Wir sehen im Kapitalismus, der sich zu so titanenhaften Gebilden zusammengeballt hat und mit so teuflischen Mitteln arbeitet, die große Kollektivsünde der westlichen Welt. Wir sehen in ihm die Verkörperung tiefster Unmenschlichkeit, Unfreiheit, Ungerechtigkeit. Wir sehen in ihm — und dem in ihn übergehenden Feudalismus — den Nährboden, auf dem erst der Faschismus und Nazismus das werden konnten, was sie geworden sind. Wir sehen wider ihn als gewaltigste Gegenmacht sich den Kommunismus erheben, dessen Sünden anzuklagen wir nur dann ein Recht haben, wenn wir zu allererst das widergöttliche und widermenschliche Wesen des Kapitalismus bloßstellen und sein Wirken mit ungebrochener Entschlossenheit bekämpfen; ist doch der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus nur deshalb so stark auf die Kommunisten übergegangen, weil die Demokratien und die Christen hier immer völliger versagt haben und weiter versagen. Wir sehen im Kapitalismus tatsächlich Kräfte tätig, die zu neuen Wirtschaftskatastrophen und neuen Kriegen treiben, wenn wir ihrer nicht Herr werden. Und wir rufen darum, soweit wir sie erreichen können, die Menschen mit letztem Ernst auf, aus sozialistischem Geist Einrichtungen zu schaffen, die durch eine menschliche, freiheitliche, friedliche

Ordnung der *wirtschaftlichen* Dinge der Menschlichkeit, der Freiheit und dem Frieden auf Erden auch in allen anderen Bezirken zu ihrem Recht verhelfen sollen.

Die Lösung der brennenden Fragen des Völkerlebens und jedes einzelnen Volkes liegt für uns auf *dieser* Linie. Die großartige Freiheitsbewegung der farbigen Rassen, die immer ungeheurere Menschenmassen in sich hineinreißt, wird nur in dem Grade zu einer gewissen Ruhe kommen, als der im kapitalistischen System wurzelnde Kolonialismus und Imperialismus überwunden wird. Der Gegensatz von West- und Ostblock wird seine kriegsdrohende Schärfe nicht verlieren, es sei denn, daß die Sowjetunion von der Furcht vor einem neuen Angriff der kapitalistischn-gegenrevolutionären Kräfte des Westens (und Ostens!) befreit wird. Und die deutsche Frage, die zugleich die Frage Europas ist, wird eine befriedigende Antwort erst finden, wenn Deutschlands Einheit und Erneuerung auf dem Weg einer sozialistischen und das heißt auch einer wirklich demokratischen und friedlichen Wirtschafts- und Staatsordnung gesucht wird. Dasjenige Deutschland, das ein Adenauer vertritt und das jetzt von den Interessenten des konservativen Kapitalismus in Amerika, Frankreich, England usw. planmäßig wiederaufgebaut wird, wächst sich gewiß nur aufs neue zu einer immer schwereren Gefahr für Europa und die übrige Welt aus, einer Gefahr, die nicht mehr anders als durch Deutschlands Eingliederung in ein *sozialistisch föderiertes* (und nicht x-beliebig «geeinigtes») Europa zu bannen ist.

Unsere Arbeiterbewegung Bei all dem kommt den Gruppierungen des demokratischen Sozialismus und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft eine entscheidende Rolle zu. Wir bedauern es darum so ungemein, daß nun auch die *internationale Gewerkschaftsbewegung* gespalten worden ist und sich ihr «rechter» Flügel auf einer Grundlage neu gebildet hat, die wir als falsch betrachten müssen. Zugegeben, der bisherige Zustand war unhaltbar; der Internationale Gewerkschaftsbund war unter kommunistischem Einfluß aktionsunfähig geworden. Aber die nichtkommunistischen Verbände haben ja gar nie ernsthaft versucht, ihn zu einer wirklich handlungsfähigen Kraft wirtschaftlicher Neugestaltung in der Richtung auf den Sozialismus hin zu machen. Sie haben einfach den kommunistischen Einflüssen negative, unfruchtbare Opposition gemacht und sind dadurch ganz natürlicherweise in das Fahrwasser jenes gewerkschaftlichen Antikommunismus geraten, der in den amerikanischen Arbeiterorganisationen am stärksten entwickelt ist. Diese sind es denn nun auch, die vermöge ihrer Mitgliederzahl (etwa 15 Millionen!) und ihrer reichen Geldmittel (der amerikanische Bergarbeiterverband zum Beispiel hat die fast 2 Millionen Dollar Buße, die er wegen eines unerlaubten Streiks diktiert erhielt, spielend leicht bezahlt) den beherr-

schenden Einfluß auf die neue Gewerkschaftsinternationale nehmen werden, unterstützt von den christlichen (katholischen) Gewerkschaften, die ebenfalls zum Beitritt eingeladen worden sind. Welcher Geist aber in den amerikanischen Gewerkschaftszentralen herrscht, das weiß man allmählich zur Genüge. Der Lobpreis des amerikanischen Wirtschaftssystems, den der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, am Londoner Gründungskongreß der neuen Internationale anstimmte, steht durchaus im Einklang mit seinen früheren Äußerungen über Kapitalismus und Sozialismus, etwa jener vor drei Jahren gemachten:

«Sollte unser Land jemals ein von oben kontrolliertes Wirtschaftssystem bekommen, so würden darunter die Arbeiter am meisten leiden. Aus diesem Grund ist die Arbeiterschaft aufs stärkste an der Erhaltung des freien Unternehmertums interessiert und sollte zu allen Zeiten dafür einstehen, daß die Unternehmer und ihre Vertreter einen angemessenen und gerechten Gewinn aus ihren Kapitalanlagen ziehen.»

Im Bund der Industriegewerkschaften (CIO) denkt man heute ähnlich. Homer Martin zum Beispiel, der sich rühmt, den Automobilarbeiterverband, eine der Hauptstützen des CIO, zu seiner heutigen Macht emporgeführt zu haben, schrieb zu Beginn dieses Jahres einmal in den «Detroit News»:

«Das wichtigste Problem, vor dem unser Volk und die Welt stehen, ist das Problem, wie das System des Privatunternehmertums vor dem tödlichen Zugriff von Staatsbesitz und staatlicher Lenkung gerettet werden kann... Die gegenwärtige Arbeiterbewegung ist unwissender- oder bössartigerweise größtenteils auf der reaktionären marxistischen Lehre von Staatsbesitz und staatlicher Lenkung der Wirtschaft aufgebaut. Wir müssen darum dieser Drohung begegnen, indem wir die arbeitenden Männer und Frauen der Nation dem Profitsystem eingliedern.»

Die Ausbreitung dieser Gesinnung auch in die westeuropäischen Arbeiterorganisationen hinein könnte für diese nur zum Verderben ausschlagen. Und der kommunistische Flügel der Weltgewerkschaftsbewegung, der aus den Gewerkschaften der Sowjetunion, der osteuropäischen Volksrepubliken, zahlreicher Länder Asiens und Afrikas, aber auch Westeuropas (Frankreich, Italien usw.) und Lateinamerikas gebildet wird und zahlenmäßig schon heute die reformistisch-bürgerlich-katholische Richtung weit übertrifft, müßte dadurch aufs neue gestärkt und noch mehr als bisher auf den Gewaltweg gedrängt werden. Möge die Entwicklung anders verlaufen! Möge auch die Weltarbeiterbewegung ihre Einheit und Schlagkraft durch ein Wiedererwachen zugleich freien und radikalen sozialistischen Geistes gewinnen, der durch alle Einschläferungs- und Vernebelungsbestrebungen, von wo sie auch ausgehen, sieghaft hindurchbrechen möge. Wir wären glücklich, wenn wir im neuen Jahr, das nun bald eingeläutet wird, einen kräftigen Ansatz dazu erleben dürften.

6. Dezember.

Hugo Kramer.